



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/20 - 24.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Gewerkschaften und Verteidigungsbeitrag	S. 1
Moskau und der arabische Nationalismus	S. 3
Zur Fragestunde im Parlament	S. 4
Otto Braun - 80 Jahre	S. 5

Klärung beim DGB

(sp) Die Feststellungen des Bundesausschusses des DGB zur Frage eines deutschen Wehrbeitrages werden auf alle diejenigen ernüchternd wirken, die an die Ausführungen des Mitgliedes des DGB-Vorstandes, Hans vom Hoff, am letzten Sonntag in Oberhausen weitgehende Hoffnungen auf eine zustimmende Haltung der Gewerkschaften zur Politik der Bundesregierung in dieser Frage geknüpft hatten.

Hans vom Hoff hatte sich ohne Zweifel in dieser Punkt mißverständlich geäußert. Immerhin war es bezeichnend, daß in den Berichten über diesen Fassung seiner Rede ein Satz fast ganz unter den Tisch gefallen war: "Ob eine Entscheidung für einen Rüstungsbeitrag in Westdeutschland erfolgt, ist einzig und allein Angelegenheit des demokratisch gewählten Parlaments". Es war also klar, daß vielen Berichterstattern bzw. Zeitungen daran lag, von vornherein die Darlegungen dieses bekannten Gewerkschaftlers in einem ganz bestimmten Licht erscheinen zu lassen und damit dann die Haltung der Gewerkschaften überhaupt zu identifizieren. Und die zusätzliche Absicht dabei war, einen angeblichen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie aufzuzeigen, so wie man ja bereits bei der Diskussion um den Schuman-Plan verfahren war, bis man schließlich feststellen mußte, daß z.B. sämtliche führenden Gewerkschaftler in der sozialdemokratischen

Bundestagsfraktion in namentlicher Abstimmung gegen den Schuman-Plan stimmten.

Nach der Erklärung des Bundesausschusses vom 23. Januar wird ^{eine Umdeutung} nicht mehr möglich sein. Sie nimmt gleich zu Beginn Bezug auf einen Vorstandsbeschluss des DGB vom November 1950 zur Frage eines deutschen Wehrbeitrages, zitiert entscheidende Stellen und legt fest, daß sich seitdem für die Gewerkschaften nichts geändert habe. Daraus ergibt sich, daß auch für den DGB ganz bestimmte Voraussetzungen für eine Zustimmung zum deutschen Wehrbeitrag bestehen, wie "echte Einheit der freien und gleichberechtigten Völker Europas", "kollektive Sicherheitsmaßnahmen mit der übrigen freien Welt" und "demokratische Kontrolle aller militärischen Formationen und besonders ihres Führerkorps". Die damalige EntschlieÙung hatte außerdem hinzugefügt: "Diese Voraussetzungen sind z.Zt. nicht gegeben", und sie sind es auch heute nicht, nach der jetzt erfolgten Feststellung des DGB, es habe sich gegenüber damals nichts geändert. Dort, wo man mit so sichtbarer Genugtuung den Vergleich aus der Rede Hans vom Hoffis aufgriff, daß jeder vernünftig geführte Betrieb eine Betriebsfeuerwehr haben müsse, sollte man sich lieber gründlicher und ernsthafter mit den Forderungen auseinandersetzen, die von den Gewerkschaften seit Jahren bei jeder Gelegenheit und zuletzt sowohl in Oberhausen als auch in Düsseldorf in Bezug auf die Herstellung sozial gerechter und wirtschaftlich vernünftiger Zustände in der Bundesrepublik erhoben werden sind.

Es ist gut, daß der Bundesausschuß des DGB noch einmal klar Stellung bezogen hat. Er tat das sicher auch unter dem Eindruck der außerordentlich heftigen Reaktion in den Betrieben auf die Ausführungen Hans vom Hoffis oder genauer, auf das, was in den Betrieben und überhaupt in der breitesten Öffentlichkeit über die Rede durch Rundfunk und Zeitungen bekanntgeworden war. Damit ist gleichzeitig der kommunistischen Propaganda, die sich hier leicht hätte einschalten können, das Wasser abgegraben.

+ + +

Ein Frühstück mit Bombenwirkung

A.E Die revolutionäre Unruhe, die heute die arabischen Länder erschüttert, ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß es neben dem west-östlichen Gegensatz auch noch andere Spannungsfelder in der Welt gibt, die zum Ausgleich drängen. Das Streben nach nationaler Unabhängigkeit der mohammedanischen Völker ist eine Tatsache, mit der sich der Westen abfinden muß. Mit elementarer Kraft bricht sich der Nationalismus im Nahen Osten Bahn und die Leidenschaften, die er auslöst, finden in blutigen Zusammenstößen mit den europäischen Kolonialmächten, denen es schwer fällt, ihre Positionen und Vorrechte kampflos aufzugeben, ihren Niederschlag.

Lange Zeit sah die Sowjet-Union aus dem Hintergrunde scheinbar desinteressiert dem Erwachen der arabischen Völker zu. Zwar ist sie ein Gegner des Nationalismus, in ihrem Machtbereiche duldet sie keine "nationalistischen Abweichungen". Die turkmenischen Völker, die sich in der Zeit der nazistischen Besetzung weiter Teile der Sowjet-Union zum Teil von Moskau lösten, verloren nach dem Kriege sogar die Schein-Unabhängigkeit, die sie vorher besaßen. Sie wurden, soweit man sie nicht physisch vernichtete, in die Weiten Sibiriens deportiert - ein Schicksal, das auch die Wolgadeutschen erlitten.

Die rücksichtslose Bekämpfung jedes Anflugs von Nationalismus im Innern - sofern er bei nichtrussischen Völkern noch als potentielle Kraft vorhanden ist - hindert freilich Moskau nicht, von ihm dann Gebrauch zu machen, wenn es seinen Zwecken im Kalten Kriege nützt. Wyschinski hat bei einem Frühstück mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga "den nach Freiheit und Unabhängigkeit dürstenden Völkern des Nahen Ostens" die volle politische und wirtschaftliche Unterstützung der Sowjet-Union zugesagt. Das war mehr, als eine bei solchem Anlaß übliche Redewendung. Damit wurde zum ersten Male offen ausgedrückt, daß die Sowjet-Union nun die Sache der arabischen Völker zu ihrer eigenen Sache machen will. In ihren von Blut und Tragik gezeichneten Auseinandersetzungen mit den arabischen Staaten haben die Westmächte auch hier mit der Sowjet-Union als einem unheimlichen Partner zu rechnen.

Ein Nutzen wird den arabischen Ländern aus dieser angebotenen fragwürdigen Bundesgenossenschaft kaum erwachsen. Im Gegenteil. Der Widerstand des Westens gegen ein an sich berechtigtes Verlangen dürfte sich versteinern. Schon haben die USA an verschiedene arabische Länder die unter dem Punkt Vier-Programm vorgesehene Wirtschaftshilfe eingestellt, da, wie es heißt, "die politischen Voraussetzungen nicht gegeben sind". Das Frühstück des Herrn Wyschinski hat seine beabsichtigte Bombenwirkung getan.

+ + +

"Frag mich was" im Bundestag

d. g. In diesen Tagen ist den Besuchern der Plenarsitzung des Bundestages und auch den Hörern des Rundfunks eine Neuerung vorgeführt worden, die in Anlehnung an ausländische Vorbilder und Erfahrungen erstmals in Deutschland Eingang gefunden hat. Einmal im Monat will der Bundestag eine solche Frage-Stunde abhalten, in der Minister den Abgeordneten Rede und Antwort stehen sollen.

Für die erste Aufführung - so ist man versucht, das wohlvorbereitete Hörspiel zu nennen - hatten sich etwa ein halbes Dutzend Volksvertreter mit elf Fragen zur Verfügung gestellt, auf deren Beantwortung sich die angesprochenen Minister einige Tage vorbereiteten. Der Zuschauer sah also jeweils einen Fragesteller und einen antwortenden Minister oder Staatssekretär vor dem Mikrophon auf der Redner-Tribüne, wie sie sich - Manuskriptzettel in der Hand - ihrer Aufgabe entledigten.

Wer geglaubt hatte, er werde in dieser parlamentarischen Frage-Stunde ein lebendiges, knappes und doch aufschlußreiches Frage- und Antwortspiel zwischen den Vertretern des Volkes und der im Amt befindlichen Regierung erleben, mag einigermaßen enttäuscht gewesen sein. Wir wollen aber diese parlamentarische Neuerung nicht schon nach ihrem Debut verdammern, doch zu bedenken geben, daß sie in Form und Inhalt ihrer erstmaligen Übung keineswegs dazu beitragen wird, die Zustimmung der Abgeordneten, und was besonders bedeutsam erscheint, die der Wähler zu finden. Fragen nach noch immer nicht fertigen Gesetzen, nach der Sicherstellung von Versorgungsbezügen und ähnlichem sind gewiß bemerkenswert, sollten jedoch ihren Niederschlag vor allem in Interpellationen und Fragen finden, für die die Fragestunde kein Ersatz ist. In ihr sollten vielmehr Unklarheiten, Schwierigkeiten, Mängel und Übergriffe in der Verwaltung angeschnitten werden, die dem Wähler das sichere Gefühl geben, daß das Parlament auch hier von seiner umfassenden Kontrollfunktion jederzeit rasch und unbürokratisch Gebrauch machen will.

Otto Braun 80 Jahre alt

Otto Braun, der frühere preußische Ministerpräsident, vollendet am 28. Januar in Ascona-Schweiz, wo er seit 1933 zurückgezogen lebt, sein 80. Lebensjahr.

P.M. Otto Braun ist einer der letzten Überlebenden aus der Generation von Politikern, die dem Staat von Weimar den Stempel ihrer Persönlichkeit aufgedrückt haben. Wenn etwas jener krisenreichen Epoche deutscher Geschichte Stabilität und Festigkeit verliehen hat, dann war es das republikanische Regime in Preußen mit Braun und Severing, das 18 Reichskabinette kommen und gehen sah und schwersten Belastungen standgehalten hat, bis es von einem Streich aus dem Hinterhalt gefällt wurde.

Braun ist einer der ältesten Veteranen der deutschen Sozialdemokratie und das letzte überlebende Mitglied des Parteivorstandes aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg, in den er schon 1911 noch unter Babel eintrat. Der hochgewachsene, kernige Ostpreuße, der im urdeutschen Königsberg - heute eine bolschewistische Ausfallstellung unter dem Namen Kaliningrad - als Sohn eines Schuhmachers zur Welt kam, wurde Buchdrucker und wenige Jahre später Redakteur und Geschäftsführer der ersten örtlichen Parteizeitung. Über die Grenzen seiner Heimatprovinz hinaus bekannt wurde sein Name durch den Königsberger Geheimund-prozeß von 1904, dem Kurt Eisner eine Broschüre widmete. Braun mußte sich als Deutscher vor einem deutschen Gericht auf Verlangen des russischen Zaren verantworten, wurde aber von der Anklage, russischen Emigranten beim Schmuggel verbotener Schriften behilflich gewesen zu sein, freigesprochen. 1911 siedelte er nach Berlin über, nachdem ihn der Parteitag in Jena zum Hauptkassierer der Partei bestellt hatte. Braun galt damals noch als Radikaler, obwohl er sich aus dem Richtungsstreit zwischen Bernsteinanhängern und orthodoxen Marxisten herausgehalten hatte. Ein noch unter dem Dreiklassenwahlrecht errungenes Mandat zum Preußischen Landtag verschaffte ihm den Zugang zum parlamentarischen Leben.

Besondere Verdienste um die Arbeiterbewegung erwarb sich Otto Braun als Schöpfer der sozialistischen Landarbeiterorganisation, für die er eine eigene Zeitschrift gründete und herausgab. Diese Tätigkeit brachte ihn in Beziehung zu den Agrarproblemen, die er bald so gründlich beherrschte, daß er der erste Experte seiner Partei und der erste sozialdemokratische Landwirtschaftsminister wurde. Nach dem Kapp-Putsch trat Braun, zunächst unter Beibehaltung seines Ressorts, als Ministerpräsident an die Spitze Preußens und blieb es mit kurzen Unterbrechungen bis zum Sommer 1932. Schon 1925 war er so volkstümlich, daß sich seine Partei als Nachfolger Friedrich Eberts zum Kandidaten für das Reichspräsidentenamt nominierte. Im 1. Wahlgang erhielt er 8 Mio. Stimmen, verzichtete dann aber zugunsten des Zentrumsführers Marx, der im 2. Wahlgang Hindenburg unterlag.

Die zwei Jahrzehnte, die seit dem Abschied Brauns vergangen sind, umschließen Aufstieg und Untergang des Hitlerreiches, die Zerschlagung Deutschlands und das Verschwinden Preußens von der Landkarte. Seine Preussener Existenz hat er aus gesundheitlichen Gründen auch nach 1945 beibehalten. Von rheumatischen Beschwerden geplagt, aber noch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und seines urwüchsigen ostpreussischen Humors, hat Otto Braun die Genugtuung, am Wiederaufstieg des deutschen Volkes noch lebhaften Anteil nehmen zu können.

Verantwortlich: Peter Raunau